

INTEGRATIONSPOLITIK

Erfolge anerkennen, weiter verbessern

CDU und CSU haben in den zurückliegenden Jahren wichtige integrationspolitische Weichen richtig gestellt. Dies wurde in einer Bundestagsdebatte am Donnerstag über die Situation von Migranten in Deutschland deutlich. Während die Union mit realistischem Blick zwischen Licht und Schatten unterscheidet, redet das oppositionelle Linksbündnis auch die Erfolge schlecht.

Diese Woche erreichte der von Integrationsstaatsministerin Professor Maria Böhmer vorgelegte achte Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland das Parlament. Die Bundestagsdebatte zeigte die integrationspolitischen Erfolge der Union klar auf. Redner von CDU und CSU verwiesen etwa auf die drei Integrationsgipfel und die Überarbeitung der Integrationskurse von 2007. Bisher haben rund 600.000 Personen einen solchen Kurs besucht. Das oppositionelle Linksbündnis von SPD, Grünen und Linken war sich nicht zu schade, diese offensichtlichen Erfolge zu leugnen. Die Sozialdemokraten blieben sogar hinter den von ihnen in der Großen Koalition mitgetragenen Beschlüssen zurück. Damit handelte die SPD nach dem bereits aus der Arbeitsmarkt- und der Außenpolitik bekannten Muster, sich bei jeder Gelegenheit aus der Verantwortung zu stehlen.

Linksbündnis redet die Lage schlecht - SPD unverantwortlich

Eine weitere wichtige Errungenschaft ist die von der Union durchgesetzte Einführung verpflichtender Deutschkurse. Jahrelang hatten rot-rot-grüne Multi-Kulti-Ideologen CDU und CSU für diese Forderung beschimpft und bekämpft. Doch das Festhalten der Union war schließlich erfolgreich: „Wir haben dafür gesorgt, dass Sprachkenntnisse schon vor der Einreise erworben werden müssen. Für uns war immer klar, dass das Beherrschen der deutschen Sprache die Grundlage für eine erfolgreiche Integration ist“, so der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller.

Union setzte Deutschkurse durch - Weitere Schritte geplant

Der Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer verzeichnet weitere wichtige Erfolge. So erwerben heute mehr junge Migranten einen weiterführenden Schulabschluss oder absolvieren ein Hochschulstudium. Erst kürzlich hatte der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration darauf hingewiesen, dass die Eingliederung in Deutschland besser gelingt, als weithin wahrgenommen wird. Trotz dieser Fortschritte, die die unionsgeführte Bundesregierung durch weise Entscheidungen ermöglicht hatte, gaben sich die Redner von CDU und CSU noch nicht zufrieden. Müller kündigte weitere Bemühungen zur Rückführung der Arbeitslosenquote von Migranten an; auch in den Bereichen Schule und Ausbildung will er sich für weitere Verbesserungen einsetzen.

Unwürdiges Schauspiel der Opposition

Die aufwiegelnde Polemik von Rot und Grün gegen den Ausbau der Bahnstrecke Paris-Wien missachtet den Rechtsstaatsgedanken. Der Neubau des Stuttgarter Bahnhofs wurde unter Schröder und Trittin vorangetrieben und war auf allen politischen Ebenen mit Dreiviertelmehrheiten beschlossen worden. Aus reinem Opportunismus verleugnen nun auch Bundes-SPD und -Grüne ihre früheren Positionen.

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestags hetzten Abgeordnete der Opposition gegen die Infrastruktur-Investition „Stuttgart 21“. Volksvertreter aus den Reihen der christlich-liberalen Koalition verwiesen dagegen auf das ausführliche Genehmigungsverfahren, in das tausende Anregungen von Bürgern eingeflossen waren. Mehrheiten auf allen politischen Ebenen hatten es bestätigt.

SPD und Grüne verleugnen ihre Verantwortung für „Stuttgart 21“

1992 hatten die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich in einem Staatsvertrag den Ausbau der transeuropäischen Bahnverbindung von Paris nach Wien beschlossen. In Frankreich wurde eine Hochgeschwindigkeitsstrecke fertiggestellt, Deutschland hat seine Verpflichtungen noch nicht erfüllt. Während der Planungsphase stimmten alle zuständigen Parlamente in Deutschland mit mehr als 75 Prozent für das Projekt „Stuttgart 21“ – vom Gemeinderat Stuttgart über den Verband der Region Stuttgart bis zum Landtag und dem Deutschen Bundestag. Die rot-grüne Bundesregierung hatte das Parlament um seine Zustimmung gebeten, der SPD-Verkehrsminister Tiefensee den Finanzierungsvertrag mitunterzeichnet.

In der Parlamentsdebatte vom Mittwoch wurde deutlich, wie unglaublich die neuen Positionen von SPD und Grünen zu „Stuttgart 21“ sind. Dass die offensichtliche Verschleierungstaktik der SPD genau den gegenteiligen Effekt erzielt, scheinen die Sozialdemokraten zu übersehen: Bestes Beispiel ist der Rücktritt des SPD-Landtagsabgeordneten Drexler von seinem Amt als Sprecher des Projekts „Stuttgart 21“. Dieser Schritt machte viele Bürger erst darauf aufmerksam, dass ein Sozialdemokrat über Jahre Frontmann für das Zukunftsprojekt war. Dass Ulms SPD-Bürgermeister weiter für das Projekt kämpft, das die Fahrzeit in die Landeshauptstadt halbiert – die Fahrzeit von Stuttgart zum Flughafen würde sogar von 27 auf acht Minuten zurückgehen –, ist den Genossen besonders peinlich.

Bundesregierung steht zu sinnvollem Infrastruktur-Projekt

Die Zahl der Deutschen, die das doppelte Spiel von SPD und Grünen durchschauen, steigt. Umso dankbarer wird die klare Führung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in dieser Sache aufgenommen. Die Kanzlerin hatte im September die Notwendigkeit des Projekts ausdrücklich unterstrichen und klargestellt: „Bei völlig rechtmäßig getroffenen Entscheidungen braucht man keine nachträgliche Bürgerbefragung in Stuttgart.“